

GASTKOMMENTAR Philipp Wilhelm über die Bündner Olympiapläne

## Olympia hat ein Demokratiedefizit

**I**m März 2013 sagte die Bündner Stimmbevölkerung Nein zur Kandidatur für Olympische Winterspiele 2022. Seither stoppten eine ganze Reihe demokratischer Länder und Städte ihre Kandidaturläufe für Sommer- oder Winterspiele: In München, Hamburg, Oslo, Stockholm, Barcelona und Rom wollte man nicht. Oft waren es Volksentscheide. Die Diskrepanz zwischen dem Volkswillen und den Vorstellungen von Politik und Wirtschaft ist bei Olympia gross. Die Gründe für die jeweilige Ablehnung sind verschieden: Die grosse Geldverschwendung, die Schuldenberge und zahlreiche Bauruinen der letzten 50 Jahre tragen das ihre bei. Triftiger Grund zur Sorge geben aber auch die enormen Zwänge, denen Austragungsorte bei der Vorbereitung und Durch-

führung der Spiele ausgesetzt sind. Die Bestimmungen kommen vom Internationalen Olympischen Komitee (IOC). Dieses sichert sich gegen finanziellen Schaden ab, die Kosten und Risiken bleiben den Steuerzahlenden. Das läuft einem starken Demokratieverständnis diametral entgegen. Wenig überraschend stellen wir darum fest, dass die Spiele mehr und mehr dort stattfinden, wo kritische Stimmen nicht oder kaum toleriert werden. Einige Befürworter der neuerlichen Bündner Olympiakandidatur finden, dass Olympische Spiele in Graubünden wieder in demokratischem Rahmen ablaufen können. Wie man das bewerkstelligen will, bleibt unklar. Klar ist hingegen, dass die Vorgeschichte von Olympia 2026 in Graubünden keinen Mut in dieser Hinsicht macht. In den letzten drei Monaten stellten wir fest: Schon jetzt – quasi im Geburtsstadium – werden demokratische Spielregeln umgangen. Und das,

bevor das IOC überhaupt am Projekt beteiligt ist. Das Grobkonzept für die erneute Kandidatur wurde lange Zeit geheim gehalten, obwohl es mit Steuergeldern finanziert ist. Erst im Januar und erst auf Druck der Öffentlichkeit wurde Transparenz geschaffen. Überzeugendes war den zusätzlichen Unterlagen

vielen als Zwängerei empfunden. Auch in der Abstimmungskampagne kommen Mittel zum Zug, die aus demokratischer Sicht höchst problematisch sind: Bei der Diskussion im Grossen Rat sagte die Regierung noch, dass selbstverständlich keine Staatsgelder in die Olympia-Ja-Kampagne fliessen. Heute wissen wir: Es gibt Zusagen über rund 65 000 Franken Steuergelder – und die Regierung findet das zulässig. Tatsächlich ist es doch aber ein Affront gegenüber denjenigen Steuerzahlenden, die in Olympia eben keine Chance sehen, sondern eine grosse Gefahr.

Auch Kritiker und Gegner von Olympia haben das Wohl des Kantons im Sinn. Als «heikel» taxierte ein Demokratieexperte schliesslich das Verhalten der Regierung, als sie geschlossen an einem Anlass auftrat, der als «Das grosse Olympiapodium» bezeichnet wurde. Nur Befürworter sprachen und moderierten. Niemand durfte mit einer olym-

piakritischen Stimme sprechen. Auch in den Zeitungen geht Skurriles vor sich. Als Interviews und journalistische Beiträge getarnt, wird mit einer Flut von Olympia-Ja-Beiträgen die Leserschaft überhäuft. Kaum ist deklariert, dass es sich bei solchen Beiträgen um gesponserte, also bezahlte Inhalte handelt. Wenn Werbung als Presse getarnt wird, ist auch das in einer Demokratie zentrale Recht auf ausgewogene Information der Bevölkerung infrage gestellt. Zum Glück kommt in einem entscheidenden Punkt die Demokratie dann doch voll zum Tragen: Wir können nämlich am 12. Februar abstimmen und einem fragwürdigen Leerlauf einen Riegel schieben. Nicht nur, aber auch weil es mit demokratischen Gepflogenheiten schon jetzt hapert, fehlt mir jeder Glaube an ein demokratisches Olympia.

PHILIPP WILHELM ist Präsident der SP Graubünden. Er arbeitet als Architekt im eigenen Büro der «HausBauWerkStadt» in Davos Monstein.



«Es werden schon jetzt demokratische Spielregeln umgangen»

allerdings nicht zu entnehmen. Das zentrale Manko in diesem Dossier ist – neben vielen anderen – die Tatsache, dass die Stadt Zürich kein Partner sein will und es keinen ernst zu nehmenden Ersatz gibt. Unbeirrt davon wird Zürich in der Bündner Abstimmung nach wie vor als Partner gehandelt. Das wird von

HINTERGRUND Carsten Hauptmeier, Wiesbaden, über eine Grossrazzia im Bundesland Hessen

## Schlag gegen Salafisten in Deutschland – Tunesier in Haft

**B**ei einer Grossrazzia in Deutschland ist ein mutmasslicher Unterstützer der Terrormiliz Islamischer Staat (IS) festgenommen worden, der auch wegen Beteiligung an einem tödlichen Anschlag in seinem Heimatland Tunesien gesucht wird. Der 36-Jährige soll ein Netzwerk für einen Anschlag aufgebaut haben. Konkrete Pläne gab es noch nicht. In Tunesien wird nach Angaben der zuständigen Generalstaatsanwaltschaft Frankfurt gegen den 36-jährigen Hauptbeschuldigten «wegen der mutmasslichen Beteiligung an der Planung

und Umsetzung» des Anschlags auf das Bardo-Museum im März 2015 in Tunis ermittelt. Dabei starben 21 ausländische Touristen. Zum Anschlag hatte sich der IS bekannt. Auch im Zusammenhang mit dem Angriff auf die Stadt Ben Guerdane an der Grenze zu Libyen im März 2016, bei dem 13 Sicherheitskräfte und sieben Zivilisten getötet wurden, wird laut den deutschen Behörden in Tunesien gegen ihn ermittelt. In Deutschland wird er demnach verdächtigt, seit August 2015 unter anderem als Anwerber und Schlepper für den IS tätig gewesen zu sein. Der Mann soll laut Generalstaatsanwaltschaft zudem ein Netzwerk an Unterstützern mit dem Ziel aufgebaut haben, einen Anschlag in Deutschland zu verüben. Die Anschlagplanung habe sich aber noch in einer frühen Phase

befunden, ein konkretes Anschlagziel habe noch nicht festgestanden. Bei der Grossrazzia gestern früh durchsuchten laut Generalstaatsanwaltschaft und Landeskriminalamt (LKA) rund 1100 Beamte 54 Wohnungen, Geschäftsräume und Moscheen im Bundesland Hessen, von denen sich allein 33 in Frankfurt befanden. Die Behörden ermitteln wegen des Verdachts der Unterstützung einer ausländischen Terrorvereinigung und der Vorbereitung einer schweren staatsgefährdenden Gewalttat. Betroffen sind insgesamt 16 Beschuldigte im Alter zwischen 16 und 46 Jahren.

Der Hauptbeschuldigte hatte den Ermittlern zufolge bereits von 2003 bis 2013 in Deutschland gelebt. Im August 2015 sei er als Asylsuchender erneut eingereist. Im August vergangenen Jah-

res wurde er auf Grundlage einer Verurteilung wegen Körperverletzung von 2008 festgenommen und sass eine Ersatzfreiheitsstrafe von 43 Tagen ab.

Daran schloss sich wegen der Ermittlungen in Tunesien eine Auslieferungshaft an, die aber laut Generalstaatsanwaltschaft auf 40 Tage begrenzt ist. Da die tunesischen Behörden die notwendigen Papiere für die Auslieferung innerhalb dieser Frist nicht vorgelegt hätten, sei der Mann am 4. November freigelassen worden. Seither sei er «rund um die Uhr observiert» worden. Eine Festnahme habe nicht früher erfolgen können, da dies den gesamten Ermittlungserfolg gefährdet hätte. Der hessische Innenminister Peter Beuth bezeichnete die Razzia als «Schlag gegen ein weitverzweigtes salafistisches Netzwerk».

«Schlag gegen ein weitverzweigtes salafistisches Netzwerk»

LESERBRIEFE Zu den Olympischen Winterspielen, zur Veloverbindung Trimmis–Chur und zu den Einbürgerungen

### Ein Armutszeugnis für eine Nationalrätin

Zum Leserbrief «Nein zur olympischen Zwängerei» von 31.1.2017.

Nationalrätin Silva Semadeni, von Berufs wegen gegen alles, was nicht ganz nahe an der Natur ist, bemüht die renommierte NZZ gegen Olympia. Deren Kommentator weiss zwar nicht, was der Tourismus in den Berggebieten nötig hat, aber er weiss, wie viele seiner Berufsgenossen, was es nicht braucht. «Die Strukturprobleme werden durch zwei Wochen Hochleistungssport nicht plötzlich weniger.» Eine derart schnöde und oberflächliche Beurteilung, die nichts, aber auch gar nichts mit unserem Olympiaprojekt 2026 und den dahinter stehenden Überlegungen für die Entwicklung von Graubünden und seiner Partner zu tun hat, kann nur einer Feder entspringen, die keine Ahnung davon hat, was sich bei uns abspielt. Da treffen sich NZZ und Semadeni. Was bei der Tageszeitung noch als Mangel an Wissen herabgetan werden kann, entpuppt sich bei Frau Semadeni als Armutszeugnis, das seines gleichen zu suchen hat. Noch nie hat sie ein Projekt auf die Beine gebracht, das Wertschöpfung, Arbeitsplätze und Wohlstand in unseren Kanton brachte. Ich stimme am 12. Februar Ja, nicht für mich und meine Generation, sondern für meine Enkel und ihre gleich-

altrigen Spielkameradinnen und -kameraden, damit sie in Graubünden ein Auskommen haben können.

► JAN METTLER, CHUR, EHEMALIGER PRÄSIDENT BÜNDNER GEWERBEVERBAND

### Unser Lehrer hatte doch recht

Als Lehrling in Winterthur hatte ich das Vergnügen, bei unserem Staatskundelehrer – er war während des 2. Weltkrieges in Bern Bundeshaus-Stenograf – lehrreiche Stunden für das spätere Leben zu geniessen. Seine Prophezeiung hat heute noch Gültigkeit. So sagte er unter anderem: «Die Olympischen Spiele sind der einzige defizitäre Grossanlass, für den sich die Bewerber streiten.» Dies hat nach meiner Ansicht heute noch Gültigkeit, denn die Delegierten vom Olympischen Komitee sollten endlich mit ihren Forderungen vom hohen Ross herunter kommen und weniger Ansprüche stellen. München mit Garmisch und Oslo haben dies durchschaut und verzichteten auf den defizitären Grossanlass. Olympische Winterspiele durchzuführen, nur um das Ansehen Graubündens zu stärken, ist falsch. Man kann nicht in 14 Tagen nachholen, was man seit Jahren versäumt hat.

Übrigens, wieso war Graubünden Ferien nicht an der Ferienmesse in Zü-

rich vertreten? Braucht man das Geld für die Inseratekampagne in den hiesigen Zeitungen oder war man an der Ferienmesse in Dresden, die am gleichen Wochenende stattfand? Einzig die RhB hat Graubünden vertreten!

► MAX RÜEGG, DOMAT/EMS

### Neuer Veloweg kann Situation entschärfen

Zum Artikel «Der Veloweg ist ein Atrag» im BT vom 1.2.2017.

Mein Arbeitsweg führt praktisch täglich mit dem Velo von Trimmis nach Chur. Ich bin dabei nicht der einzige, der immer wieder auf der Hauptstrasse Wind und Wetter trotz. Die Kantonsstrasse ist nicht der schönste, jedoch mit Abstand der schnellste und je nach Witterung auch der einzig sinnvolle Weg in die Stadt. Das Verkehrsaufkommen hat in den letzten drei Jahren massiv zugenommen, die Sicherheit für den Langsamverkehr stark abgenommen. Dies nicht nur aus Sicht von uns Radfahrern, sondern auch gemäss einigen Automobilisten, die mir das in Gesprächen immer wieder bestätigten. Vor allem bei Dunkelheit und schlechtem Wetter wird das Zusammenleben auf der Kantonsstrasse für alle Beteiligten immer wieder zu einer grossen Herausforderung. Mit dem geplanten Veloweg von Trimmis

nach Chur könnte man diese Situation entschärfen. Darum stimme ich diesem Projekt für die Sicherheit zu.

► GIUSEPPE PALAIA AUS TRIMMIS

### Erleichtert einbürgern Ja – aber nicht so!

In verschiedenen Kantonen erteilen seit jeher die Bürgergemeinden das Schweizer Bürgerrecht auf Gemeindeebene. Die meisten in Kantonalverbänden organisierter Bürgergemeinden und Korporationen mit ihren über 500 000 Mitgliedern sind Mitglieder des Schweizerischen Verbandes der Bürgergemeinden und Korporationen (SVBK). Der Vorstand des SVBK hat beschlossen, seinen Mitgliedern zu empfehlen, die Bundesvorlage über die erleichterte Einbürgerung von Personen der dritten Ausländergeneration abzulehnen. Ausschlaggebend für diesen Entscheid war insbesondere die Kompetenzverschiebung von den Gemeinden und Kantonen hin zur Bundesverwaltung. Aus der langjährigen Praxis der Bürgergemeinden ist es nicht vorstellbar, dass die gesetzlich vorgegebenen Kriterien mit grosser räumlicher und persönlicher Distanz zentral in Bern geprüft werden und der Entscheid einzig auf Bundesebene fallen soll. Dies widerspricht dem föderalistischen Gedanken.

► THEO HAAS, PRÄSIDENT VERBAND BÜNDNERISCHER BÜRGERGEMEINDEN

IMPRESSUM

**Bündner Tagblatt**

**Herausgeberin:** Samedia Publishing AG.  
**Verleger:** Hanspeter Lebrument.  
**CEO:** Andrea Masüger.  
**Redaktionsleitung:** Luzi Bürkli (Chefredaktor, lub), Norbert Waser (Stv. Chefredaktor, nw), Nadja Maurer (nm).  
**Redaktionsadressen:** Bündner Tagblatt, Sommeraustasse 32, 7007 Chur, Telefon 081 255 50 50, E-Mail: redaktion@buendnertagblatt.ch.  
**Verlag:** Samedia, Sommeraustasse 32, 7007 Chur, Tel. 081 255 50 50, E-Mail: verlag@samedia.ch.  
**Kundenservice/Abo:** Samedia, Sommeraustasse 32, 7007 Chur, Tel. 0844 226 226, E-Mail: abo@samedia.ch.  
**Inserat:** Samedia Promotion, Sommeraustasse 32, 7007 Chur, Telefon 081 255 58 58, E-Mail: chur.promotion@samedia.ch.  
**Reichweite:** 159 000 Leser (MACH-Basic 2016-2).  
**Abopreise unter:** www.buendnertagblatt.ch/aboservice

Die irgendwie geartete Verwertung von in diesem Titel abgedruckten Inseraten oder Teilen davon, insbesondere durch Einspeisung in einen Online-Dienst, durch dazu nicht autorisierte Dritte, ist untersagt. Jeder Verstoß wird von der Werbegesellschaft nach Rücksprache mit dem Verlag gerichtlich verfolgt.

© Samedia